

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 61 (1969)

Heft: 1

Artikel: Das kommunistische Dilemma : Vortrag gehalten in der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Gruppe Zürich, am 26. September 1968, Zunfthaus "Zur Waag", Zürich

Autor: Kägi, Ulrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354363>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»

HEFT 1 - JANUAR 1969 - 61. JAHRGANG

Das kommunistische Dilemma

*Vortrag gehalten in der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Gruppe Zürich,
am 26. September 1968, Zunfthaus «Zur Waag», Zürich*

Das Dilemma des Kommunismus besteht darin, daß er Liberalisierung braucht, wenn er im wirtschaftlichen, politischen und moralischen Wettbewerb mit der übrigen industriellen Welt bestehen will; daß er aber nicht Freiheit gewähren kann, ohne sich selbst, seine Herrschaft in Frage zu stellen, oder: sich selbst aufzuheben, wie Karl Marx in einem solchen Fall wohl sagen würde.

Dieses Dilemma wurde im seit Anfang dieses Jahres anhaltenden Konflikt Moskaus mit der Tschechoslowakei selbst für viele Kommunisten offenkundig.

Das Ja zur Prager Reform würde den Verzicht auf die sowjetische Herrschaft über ganz Osteuropa und in der Konsequenz das Ende des kommunistischen Machtmonopols über die Sowjetunion selbst nach sich ziehen.

Das gewaltsame Nein zur Prager Reform sichert kurzfristig den Status quo um den Preis einer unermesslichen politischen Prestigeinbuße in der ganzen Welt und auf Kosten der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des sogenannten sozialistischen Lagers.

Im Spannungsfeld dieses echten, folgenschweren Dilemmas bewegt sich die sowjetische Politik seit Jahren. Es ist nicht abzusehen, wie sie ihm ohne schwerste Krisen und Erschütterungen entrinnen könnte. Es ist die politische Widerspiegelung der sowjetischen Machtstruktur. *Eine* solche Krise erleben wir zurzeit; es ist wohl kaum die letzte. Die wichtigste Lehre, die wir aus der tschechoslowakischen Tragödie ziehen können, ist der Entschluß, uns um ein besseres Verständnis der fundamentalen Kräfte zu bemühen, die im kommunistischen Lager wirksam sind. Alles andere – unser Verhalten, unsere Politik – ergibt sich daraus. Es soll versucht werden, auf einige Ansatz-

punkte hinzuweisen, die zu weiteren Überlegungen und Schlußfolgerungen Anlaß geben könnten.

Die jüngsten Ereignisse haben manches, was bekannt war, unwiderleglich bestätigt, manches für jedermann sichtbar gemacht, was die Propaganda verdeckte, aber doch auch einige neue Elemente gezeitigt. Wir müssen ständig bereit sein, unsere Meinung im Lichte neuer Tatsachen, aber nicht im Winde künftiger Modeströmungen, die bereits wieder zu wehen beginnen, zu revidieren.

Ein neues Element

im Vergleich zu 1956, das heißt zur Niederwerfung des ungarischen Aufstandes, ist, daß Moskau mit seinem Schlag gegen ein intaktes kommunistisches Regime im eigenen Lager ein offenes Zerwürfnis ausgelöst hat; erstmalig ist auch die anhaltende, nicht nur kurzfristige Demonstration, daß einem Volk gewaltsam ein Sozialismus aufgezwungen wird, den es einmütig ablehnt; Rückschlüsse auf die Zustände im übrigen sowjetischen Imperium drängen sich auf. Neu ist jedoch nur die der ganzen Welt sichtbare *Demonstration*, nicht aber die *Tatsache* der gewaltsamen Unterdrückung durch ein verhaßtes Regime.

Der Rest ist nicht neu; er entspricht dem Wesen der Sowjet-herrschaft seit ihrem Anfang. Die weltweite Offenbarung dieses Zustandes ist Ausdruck einer akuten, schwerwiegenden Krise im Machtzentrum selbst. Das mag einerseits vielleicht tröstlich sein; andererseits ist es aber sehr beängstigend.

Der Geburtsfehler

Der Sowjetstaat ist der Gefangene seines Geburtsfehlers. Seit ihrer ersten Stunde ist die bolschewistische Herrschaft terroristisch, absolut – oder sie ist nicht. Der Geburtsfehler geht auf Lenin, auf seine Theorie über die Diktatur des Proletariats und die führende Rolle der Kommunistischen Partei zurück, welche diese innerhalb der Diktatur zu spielen habe. Spuren dieser Theorie mag man schon bei Karl Marx entdecken. Das, was heute in der Tschechoslowakei geschieht, hat also schon einiges mit der Theorie und Praxis eines nicht unbedeutenden Flügels der sozialistischen oder marxistischen Bewegung zu tun. Geschichtswirksam wurde Lenins Theorie im Jahre 1903, bei der Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Bolschewiki und Menschewiki. Damals siegte das Führerprinzip, der sogenannte demokratische Zentralismus, über die Demokratie. 65 Jahre später versuchen die tschechoslowakischen Kommunisten unter Lebensgefahr, wenigstens innerhalb ihrer Partei wieder etwas mehr Demokratie einzuführen.

Lenins Theorie wurde im Oktober 1917 folgerichtig in die Praxis umgesetzt. Die Russische Oktoberrevolution richtete sich nicht gegen den zaristischen Absolutismus, sondern gegen eine junge und schwache parlamentarische Republik. Einer der ersten Akte der Oktoberrevolution bestand in der Verjagung der nach der bolschewistischen Machtergreifung gewählten verfassunggebenden Versammlung, da die Bolschewiki in den ersten und einzigen freien Wahlen in Rußland keine Mehrheit errungen hatten. Mit der Niederwerfung des Kronstädter Matrosenaufstandes – seine letzten Appelle an die Welt erinnern verzweifelt an die letzten Appelle der freien tschechoslowakischen Sen-der nach dem 21. August – wurde der Schlußstrich unter noch vorhandene freiheitliche Illusionen gezogen.

Der Sowjetstaat ist also gegen den demokratisch geäußerten Willen des russischen Volkes in die Geschichte eingetreten; nur mit Terror konnte er sich gegen die Mehrheit des Volkes und seiner legalen Vertreter – die meisten waren Sozialisten verschiedener Richtungen – behaupten. Er hat das vom ersten Tag bis heute erbarmungslos getan. Als paradoxe Fortsetzung des zaristischen Absolutismus war und ist auch der bolschewistische Absolutismus bis heute die Verneinung der Volkssouveränität und somit, würde man sich an die Prinzipien der Französischen Revolution halten, illegal. Anstatt im Namen Gottes regiert er im Namen einer zum göttlichen Gesetz erhobenen Ideologie, die nur von wenigen Inhabern der obersten Macht richtig und verbindlich interpretiert werden kann. Jeder Versuch, sich nach mehr als einem halben Jahrhundert endlich zu «legalisieren», das heißt zum Grundsatz der Volkssouveränität, zur Demokratie, zurückzukehren, schließt die sehr reale Gefahr der Selbstaufgabe in sich – nämlich die Negation der Negation, wie Karl Marx in einem solchen Fall sagen würde.

Die bolschewistische Staatstheorie und -praxis fußt auf Anschauungen, die in Wirklichkeit weit hinter die Aufklärung, hinter Jean-Jacques Rousseau, zurückfallen. Es ist widersinnig, von einem solchen Regime gesellschaftlichen Fortschritt zu erwarten. Verständlich ist es hingegen, daß es sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Durchbruch zur Volkssouveränität wehrt. Die kühnste Hoffnung, die man nie aufgeben darf, besteht darin, daß trotzdem eines Tages auch dem russischen Volk der Schritt zur Selbstbestimmung gelingen möge.

Es wäre jedoch falsch, weil tatsachenwidrig, dem Sowjetregime jede

Wandlungsfähigkeit

absprechen zu wollen. Immer wieder hat es die Welt mit völlig unerwarteten Stellungswechseln verblüfft. Aber die Diktatur der Parteis- Spitze über die Partei, und der Partei über den Staat, und des Staates über die ganze Bevölkerung ist bis heute geblieben. Der Stalinismus

oder die «Periode des Personenkults» ist eine durchaus natürliche Frucht am Stamme der Cliquenwirtschaft, wie Rosa Luxemburg schon im Jahre 1918 die Machtausübung Lenins charakterisierte. Da in der Sowjetunion nicht das Volk, sondern die Partei bzw. ihre oberste Spitze nicht nur faktisch, sondern sogar verfassungsrechtlich der eigentliche Träger der ganzen Staatsmacht ist, steht der Gefahr einer persönlichen Diktatur nur der Selbsterhaltungstrieb der restlichen höchsten Würdenträger entgegen.

Der Personenkult mit seinen 10 bis 15 Millionen Toten (wer spricht in diesem Fall von unbewältigter Vergangenheit?) ist deshalb nicht eine dem Kommunismus völlig artfremde Erscheinung, eine Deformierung seiner Lehre, ein Fehler ohne Ursache, eine bürokratische Entartung, sondern er entspringt seinem Wesen. Palmiro Togliatti, der in der Sowjetunion verstorbene Führer der italienischen Kommunisten, erhielt auf seine Frage an die sowjetischen Genossen, wie es denn zum Personenkult kommen konnte, bezeichnenderweise nie eine Antwort. Allerdings hätte Togliatti gar nicht erst zu fragen brauchen, da er selbst gut genug Bescheid wußte.

Grenze der Wandlungen

Und doch sind seit dem Tode Stalins wichtige Veränderungen vor sich gegangen. Die Methoden der Unterdrückung sind nicht mehr so blutig. Ein Rückfall zum Einmannsystem konnte mehr oder weniger verhindert werden. Der Spielraum, den die Partei für öffentliche Diskussionen einräumte, wurde vorübergehend erweitert. Die Staatsgrenzen wurden ein wenig geöffnet. Aber am absoluten Machtmonopol der Partei samt Zensur und Verbot jeglicher der Partei nicht genehmen politischen Betätigung oder geistigen Äußerung wurde kein Jota geändert. Souverän ist in der Sowjetunion bestenfalls das Zentralkomitee, nicht aber die Gesamtheit der Parteimitglieder, vom Volk überhaupt nicht zu reden. 51 Jahre nach der Oktoberrevolution regiert das Regime so despotisch wie damals. Unterdrückung und Terror sind ihm immanent. Das Gegenteil hat es noch nicht für eine einzige Minute bewiesen.

Das absolute Machtmonopol der Partei – der Garant des Sozialismus – war und ist die Grenze, an der alle Wandlungen ihr rasches Ende finden. Die folgenschwere, an die Zukunft gerichtete Frage lautet: Wie kann diese bisher unüberschreitbare Grenze überschritten werden, ohne daß eine Explosion ausgelöst wird, welche die ganze Welt erschüttern würde?

Wenn die bolschewistische Partei je auf ihr Machtmonopol verzichtet oder verzichten muß, ist sie keine bolschewistische Partei mehr. Wenn die Souveränität im Sowjetreich an das Volk übergeht, ist der Kommunismus kein Kommunismus mehr. Staat und Partei hätten dann

ihre Qualität grundlegend verändert, würde Karl Marx in einem solchen Fall sagen.

Wer nur die Folgen beklagt, nicht aber nach den Ursachen der sowjetischen Tragödie fragt, läuft Gefahr, weiterhin jene Ideen zu vertreten, welche die sowjetische und jetzt die tschechoslowakische Tragödie zeugten. Die Meinung, die Russen hätten in der Tschechoslowakei aus bloßer Sturheit oder Dummheit die einmalige Gelegenheit verdorben, den Kommunismus für den Westen attraktiv zu machen, unterscheidet nicht genügend zwischen den Gesetzen der Politik und modernen Werbemethoden.

In der tschechoslowakischen Provinz

des Sowjetimperiums war das Machtmonopol der Partei und damit der Sozialismus bolschewistischer Prägung tatsächlich in Gefahr – eine Herrschaft, die 1948 nicht in freien Wahlen, sondern mit einem Staatsstreich zur Macht gekommen war. Die sowjetischen Panzer setzten dem Experiment des «Sozialismus mit Freiheit» ein Ende, bevor es überhaupt den Beweis des Gelingens antreten konnte.

Auch den Beweis, in freien Wahlen die Macht in den Händen behalten zu können, mußten die Prager Reformer schuldig bleiben. Hatten sie überhaupt die Absicht, sich diesem Risiko auszusetzen? Wie man sich erinnert, waren die fälligen Gemeindewahlen auf den Herbst verschoben worden. Ein neues Wahlgesetz lag noch nicht vor. Immerhin hatte die Kommunistische Partei betont, daß sie sich der Zulassung neuer Parteien außerhalb der von ihr kontrollierten Nationalen Front, also beispielsweise der Sozialdemokratischen Partei, widersetze. Sie lehnte einen offenen Wahlkampf ab, war jedoch bereit, im Rahmen der von ihr der Nationalen Front diktierten Ziele etwas mehr Wettbewerb zuzulassen, was gewiß schon ein großer Fortschritt gewesen wäre. Sie war also entschlossen, mit flexibleren Methoden ihr Machtmonopol zu verteidigen, das auch sie für den unerläßlichen Garanten des Sozialismus hält.

Es gab also Demokratisierung, aber noch keine Demokratie, wie tschechoslowakische Publizisten feststellten, die aber von westlichen Progressisten offenbar nicht gehört wurden. Die Behauptung, in der CSSR sei Sozialismus und Freiheit bereits mehr als eine Hoffnung gewesen, nämlich Wirklichkeit, ist eine etwas voreilige poetische Übertreibung. Freiheit würde nicht nur bedeuten, einen Sozialismus nach eigenem Geschmack einführen zu dürfen, sondern allenfalls auf Sozialismus überhaupt zu verzichten. Aber die

Hoffnung auf Demokratie

war von jenem Augenblick an begründet, als die Pressezensur dahinfiel, wodurch erstmals in einem kommunistisch regierten Land wieder

Meinungsfreiheit möglich wurde. Weder Rumänien noch Jugoslawien kennen sie. Hatte der Krenl die tschechoslowakische Entwicklung schon von Anfang an mit größtem Mißtrauen beobachtet und auf mannigfaltige Art zu bremsen versucht, herrschte nun für ihn Alarmzustand. Mit der Einführung der Pressefreiheit wurde die Reizschwelle überschritten. Denn Meinungsfreiheit in einem kommunistischen Staat verwandelt sich zwangsläufig in ein tägliches Tribunal gegen das im Namen des Sozialismus begangene Unrecht. Meinungsfreiheit ist sehr bald mit dem Machtmonopol einer einzigen Partei unvereinbar. Der «Prager Frühling» hat nicht die Vereinbarkeit von leninistischem Sozialismus und Freiheit, sondern die Unvereinbarkeit von Parteimonopol und Freiheit bewiesen.

Alexander Dubcek und seine Freunde waren sich durchaus bewußt, sich

auf einer halsbrecherischen Gratwanderung

zu befinden. Sie sahen sich vor die Wahl gestellt, entweder das Machtmonopol ihrer Partei zu verspielen oder die Freiheit in unpolitische Reservate verweisen zu müssen.

War das Ansehen der Kommunistischen Partei Ende letzten Jahres auf den Nullpunkt gesunken, was wohl niemand bestreiten wird, stieg es dann proportional mit der demonstrativen Entschlossenheit der neuen Equipe, den sowjetischen Druckversuchen und Intrigen Widerstand zu leisten, bis zur Einmütigkeit des ganzen Volkes im Augenblick des Überfalles. Nicht dem Kommunismus, den die Tschechoslowaken während zwei Jahrzehnten zur Genüge kennengelernt hatten, galt ihre Unterstützung, sondern den Kommunisten, die Moskau mit beispielhaftem Mut trotzten und trotzen. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Man muß ihn sehen, um begreifen zu können, daß bei der Lage der Dinge in Osteuropa überhaupt nur Kommunisten eine gewisse Aussicht haben, ihre Länder aus der sowjetischen Umklammerung heraus zu lösen. Und in dieser Politik liegt für die dortigen Kommunisten auch die einzige Möglichkeit, sich und ihre Bewegung in eine etwas freundlichere Zukunft hinüberretten zu können.

Das sowjetische Imperium fühlt sich von innen her, politisch, bedroht.

Eine militärische Bedrohung von außen gibt es nicht

Sogar im Moskauer Diktat, das den tschechoslowakischen Führern aufgezwungen wurde, fehlen derartige Argumente. Die langsame, eher dämpfende Reaktion Washingtons, die Enttäuschung in Bonn und die Verlegenheit in Paris bezeugen zur Genüge, daß der Westen auf eine ganz andere Karte setzte als auf jene des Krieges, nämlich auf die Karte der Entspannung. Diese aber fürchtet der Krenl offenbar mehr als grobschlächtige Drohungen, die ihm innenpolitisch immer hoch willkommen sind.

Auch die Art, wie die Besetzung der Tschechoslowakei vollzogen wurde, zeigte unwiderleglich, daß die Sowjetarmee ihren Hauptfeind nicht in den NATO-Divisionen jenseits der Westgrenze erblickte, sondern in der Pressefreiheit diesseits der Grenze. Nicht um die Verstärkung des Verteidigungsdispositivs gegen Westen ging es ihnen, sondern um die Durchsetzung der sogenannten «Normalisierung» in der Innenpolitik. Ein Blick auf das militärische Potential der Bundesrepublik und jenes der Sowjetunion sollte davon überzeugen, daß eine Wiederholung des deutschen Ostfeldzuges völlig ausgeschlossen ist, selbst wenn in Bonn die NPD regieren würde.

Auch die Erinnerung des russischen Volkes an seine Leiden während des zweiten Weltkrieges (es erinnert sich übrigens auch an andere Leiden, die ebensoviele Opfer kosteten) ist keine Rechtfertigung der Intervention der Sowjetarmee, denn auch das tschechoslowakische Volk erinnert sich sehr gut an diese Zeit. Trotzdem hätte dieses seine Beziehungen zur Bundesrepublik gerne verstärkt, wenn es die Erlaubnis dazu bekommen hätte. In Wirklichkeit mußte es erleben, daß die Grenze gegen Österreich und Westdeutschland die einzige ist, von wo ihm keine Gefahr mehr droht. Die angebliche Angst Moskaus vor dem angeblichen deutschen Revanchismus ist nichts anderes als ein zynisches Alibi, mit dem die Unterdrückung im sowjetischen Machtbereich gerechtfertigt werden soll.

Es ist erstaunlich, wie häufig dieser mehr als 20 Jahre alte Trick wenn auch kaum mehr im Osten, so doch noch oft im Westen verfährt. Der Sicherheit der Sowjetunion wäre wohl eine in ehrlicher Freundschaft verbündete oder sogar eine nach finnischem Muster neutrale Tschechoslowakei nützlicher als ein gefesselter Rebell.

Zwang zur Reform

Brachte die tschechoslowakische Tragödie den sowjetischen Machtmechanismus auf der politischen Weltbühne zur öffentlichen Aufführung, so enthüllte sie auch den unentrinnbaren Zwang zur Reform des leninistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, zu einer Reform, die aber unter den Bedingungen geistiger Bevormundung und politischer Unterdrückung nicht gedeihen kann. Diese Reform – sie lehnt sich weitgehend an das jugoslawische Vorbild an – beinhaltet eine radikale Abkehr von der zentralistischen Planwirtschaft, diesem Herzstück sozialistischer Wirtschaftstheorie.

Sozialistische Marktwirtschaft heißt das neue Leitbild; Marktwirtschaft, weil Angebot und Nachfrage sowie die Konkurrenz zwischen den Unternehmungen wieder zu Ehren kommen; und sozialistisch heißt sie, weil das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln mit Ausnahme des Kleingewerbes, gewisser Dienstleistungen und der Heranziehung ausländischer Privatkapitals erhalten bleiben soll. Gleich-

zeitig sollte die einseitig auf das Comecon ausgerichtete Volkswirtschaft wieder dem Weltmarkt und den dort geltenden Preisgesetzen geöffnet werden, was eine Liberalisierung des Außenhandels und eine fundamentale Währungsreform bedingt. Es geht um die Re-Integration des tschechoslowakischen Wirtschaftskörpers in das System der Weltwirtschaft, aus dem er 1948 auf sowjetischen Druck hin herausoperiert worden war.

Vom ursprünglichen sozialistischen Wirtschaftsmodell bleibt also noch das staatliche Eigentum an den Großbetrieben übrig, die sich indessen als autonome, selbstverantwortliche Körperschaften kaum anders verhalten könnten als staatliche oder private Wirtschaftsunternehmen im Westen.

Die Tschechoslowakei stand erst am Anfang dieser Reform. Ihre Auswirkungen und Kosten hätte man erst in einigen Jahren beurteilen können. Den Hintergrund des «Prager Frühlings» bildete also der Bankrott der administrativen, zentralistischen Wirtschaftsplanung. Die Fortsetzung der Reform ist für das Land eine elementare Existenzfrage. Ihre Inangriffnahme ist es für die übrigen sozialistischen Länder einschließlich die Sowjetunion nicht minder. Sie gefährdet aber mit ihren politischen Auswirkungen das Machtmonopol der Partei. Das ist das Dilemma des Kommunismus.

Hitler–Breschnew

Das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher Notwendigkeit und politischer Möglichkeit bleibt auch nach der Besetzung der Tschechoslowakei bestehen. Es bedingt die Handlungen der in den Konflikt verstrickten Regierungen. Es läßt zwei miteinander in dauerndem Widerstreit liegende Entwicklungslinien erkennen: das Bedürfnis nach Lockerung und die panische Angst vor deren Folgen. Obwohl der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei nicht weniger brutal war als derjenige Hitlerdeutschlands, ist offensichtlich, daß hinter diesen beiden Ereignissen, die sich äußerlich zum Verwechseln ähnlich sehen, völlig verschiedenartige Motive stecken. Ging es damals einfach um die Vergrößerung des Lebensraumes, handelt es sich heute um die Abwehr der politischen Zersetzung des Sowjetreiches. Hitler handelte offensiv, Breschnew defensiv. Für die direkt Betroffenen kommt das allerdings im Augenblick fast auf dasselbe heraus.

Das Verhalten der nichtkommunistischen Welt muß diesen Tatsachen, dem sowjetischen Dilemma, Rechnung tragen. Die maßgebenden Staatsmänner tun es auch tatsächlich. Es geht darum, äußerste politische und militärische Wachsamkeit mit einer Politik zu verbinden, die den reformwilligen Kräften im Osten nützlich ist. Der zunehmende Zwang zur weltweiten Zusammenarbeit dürfte schließlich stärker sein als die Kremlführer. Das Dilemma des Kom-

munismus schließt höchste Gefahr wie auch größte Hoffnung für die Welt in sich. Man kann sich kaum eine Lösung ohne schwerste Erschütterungen des ganzen Imperiums vorstellen. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist dort mit der politischen Machtstruktur in Widerspruch geraten, würde Karl Marx in einem solchen Fall sagen und vielleicht beifügen: Sie wird die Machtstruktur sprengen.

Rehabilitierung . . .

Die möglichen Ausstrahlungen des kurzen Prager Frühlings auf die übrige Welt sind Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, im Westen weiterhin einen Sozialismus zu propagieren, den das tschechoslowakische Volk einmütig ablehnte, sobald es durfte; einen Sozialismus, den die übrigen Völker des Ostens nur haben, weil sie ihn nicht ablehnen dürfen. Die Kommunisten stehen mit leeren Händen da.

Das Unvergängliche, das wahrhaft Große am Prager Frühling ist der Beweis, daß die Freiheit zwar unterdrückt, aber nicht getötet; daß der Wille zur demokratischen Selbstbestimmung zwar gefesselt, aber nicht gebrochen werden kann. Die 20 Jahre dauernde Gehirnwäsche, die darin bestand, den Freiheitsbegriff zunächst zu relativieren (wie das auch unsere «Progressiven» tun), um ihn dann in sein Gegenteil zu verkehren, endete mit einem völligen Fiasko. Es gibt eben nur die *eine* und unteilbare Freiheit in der Welt. Ihr und nur ihr gilt die Sehnsucht der Tschechoslowaken. Das erklärt auch die Begeisterung und Anteilnahme, die der Prager Frühling auslöste. Wenn in diesem Zusammenhang merkwürdigerweise manchmal bei uns von Heuchelei gesprochen wird, so ist diese Untugend eher in jenen Geistern zu diagnostizieren, die an der Unfreiheit, die bis zum Prager Frühling das tschechoslowakische Volk zum erbitterten Schweigen verdammt hatte, nie etwas auszusetzen hatten.

Der noch nicht zu Ende geführte und zumindest stark verlangsamte Versuch, in einem kommunistisch regierten Staat Sozialismus mit Demokratie zu verbinden, stellt eine glänzende und vollumfängliche Rehabilitierung nicht der Kommunisten, sondern der von ihnen verfemten Sozialdemokraten dar. In dem Augenblick, da Kommunisten auf das Machtmonopol verzichten – in der CSSR haben sie es nicht getan – und das Verdikt freier Wahlen akzeptieren – in der CSSR haben sie es nicht getan –, hören sie auf, Kommunisten zu sein, auch wenn sie sich weiterhin so nennen, und sie werden zu guten Sozialdemokraten. Die geistige und politische Begegnung mit einem derart gewandten Kommunismus würde gewiß niemandem im Westen auch nur die geringsten Schwierigkeiten bereiten. Erfüllen die Kommunisten diese beiden Bedingungen aber nicht, bleibt die Freiheit ein Versprechen.

Über die möglichen Ausstrahlungen der wirtschaftlichen Reform gibt

der Fall Jugoslawien

Auskunft, wo sie schon viel weiter gediehen ist als in der Tschechoslowakei. Jedermann sieht, daß es sich dabei um einen sehr schmerzlichen und langwierigen Anpassungsprozeß handelt, dessen Ergebnisse erst in einigen Jahren beurteilt werden können. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß die Prager Reformer als ehrliche Realisten die Erreichung etwa des heutigen österreichischen Lebensniveaus als Fernziel genannt hatten.

Es ist deshalb nicht recht verständlich, inwiefern das tschechoslowakische Modell so bald zu einem Vorbild für die westlichen Industriestaaten werden könnte -- es sei denn, man habe das dringende Bedürfnis, zerstörte Illusionen umgehend durch neue zu ersetzen. Denn kaum hatten die Tschechoslowaken den ihnen während 20 Jahren aufgezwungenen Sozialismus auf den Misthaufen der Geschichte geschmissen, griffen westliche Denker, die an diesem Sozialismus nie etwas zu bemängeln hatten, schleunigst zur Feder, um uns jetzt das neue Experiment von Januar bis August dringlichst zur Nachahmung zu empfehlen. Wer nicht auch so wendig und gläubig ist, muß sich damit abfinden, als Reaktionär tituliert zu werden. Da sich ja die Kommunisten selbst gegenseitig als Reaktionäre, Konterrevolutionäre, Renegaten, Revisionisten usw. bezeichnen, wollen wir derartige sinnenleerte Vokabeln selbst aus dem Munde großer Dichter kommentarlos zu den Akten legen. Denn die Wirklichkeit kümmert sich wenig um Worte.

Paradoxe Parallelen

Die Parallelen, die jetzt eifrig zwischen östlichem und westlichem Establishment, zwischen Erstarrung dort und hier, zwischen Okkupation eines ganzen Landes und Globuskrawall, zwischen Manipulationen allenthalben konstruiert werden, sind entweder Ausdruck eines erstaunlichen Verhältnisblödsinns oder ganz einfach ein serviler Versuch, die Wirkung der kommunistischen Selbstmaskierung aufzufangen.

Die Tschechoslowaken haben nicht gegen den Parlamentarismus demonstriert, sondern für die Wiedereinsetzung des Parlamentes in seine etablierten Rechte; sie verlangten das Demonstrationsrecht, weil sie keines hatten; sie wollten nicht Gesetze verletzen, sondern den Gesetzesverletzungen ein Ende bereiten; sie verlangten Presse- und Meinungsfreiheit, weil es während zwanzig Jahren keine gab; sie forderten freie Wahlen, weil seit fast einer Generation keine mehr stattgefunden haben; sie wünschten Demokratie, weil sie von der Parteidiktatur genug hatten; sie verlangten nationale Unabhängigkeit,

weil sie ihren Weg endlich selbst bestimmen wollten; viele erträumten sogar Neutralität, weil sie aus dem sogenannten sozialistischen Lager hinaus wollten; alle erstrebten die Wiederherstellung des vor 20 Jahren zerstörten Rechtsstaates, weil sie den Unrechtsstaat am eigenen Leibe erlebt hatten; Thomas Masaryk heißt ihr Idol, nicht Guevara, Dutschke oder Mao. Und Alexander Dubcek ist gewiß kein Daniel Cohn-Bendit oder Fritz Teufel. Für all das, wofür die Tschechoslowaken zum Teil unter Lebensgefahr kämpften, haben die sogenannten Progressiven bei uns Hohn und Verachtung übrig. Nur aus dem Chaos, sagen sie, könne das Neue entstehen. Wenn sie könnten, würden sie deshalb diesen Staat, der ihnen all das gibt, was den Tschechoslowaken wieder geraubt wurde, aus bloßem Mutwillen oder persönlichen Ressentiments zerstören. Das ist die eher paradoxe Parallele zwischen hier und dort.

Als Wesensmerkmal des Sozialismus sowjetischer Prägung wird oft

die Vergesellschaftung der Produktionsmittel

– in Wirklichkeit handelt es sich um eine fast totale Verstaatlichung – genannt. Auch das Programm der tschechoslowakischen Reformer bekräftigte ihre Entschlossenheit, an diesem Prinzip festzuhalten. Jene, die auch im Westen totale Verstaatlichung immer noch für Sozialismus halten, übersehen jedoch, daß die jugoslawischen, tschechoslowakischen, ja sogar die sowjetischen Reformer die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel – und damit de facto ihre rechtliche Struktur – grundlegend ändern wollen: aus bloßen Exekutivorganen der staatlichen Bürokratie sollen sie autonome Körperschaften eigener Verantwortung werden. Solche staatliche Wirtschaftsunternehmungen gibt es aber auch in bedeutendem Umfang in der Bundesrepublik, in Frankreich, England, Italien, Schweden und anderswo, ohne daß sich an ihnen noch weltanschauliche Leidenschaften pro und contra entzünden, denn sie verhalten sich eben genau wie private oder aber sie unterliegen im Konkurrenzkampf.

Nicht das relative Gewicht des staatlichen Wirtschaftssektors ist der Kern des Problems, sondern das Machtmonopol der Kommunistischen Partei und ihres Staates über die ganze Wirtschaft. Gegen dieses Machtmonopol auch im wirtschaftlichen Bereich richten sich die Vorschläge der Reformer in allen kommunistischen Staaten. Es soll den Gesetzen der Wirtschaft, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, weichen, weil anders der Leistungsrückstand gegenüber den anderen Industriestaaten immer größer wird.

Den Umfang des staatlichen Wirtschaftssektors in westlichen Ländern sollte deshalb nicht ein pseudoreligiöser Glaube, sondern nur die nachweisbare Zweckmäßigkeit bestimmen. Die Zusammenfassung aller Produktionsmittel in der Hand des allmächtigen Staates ist bis heute die materielle Basis der kommunistischen Diktatur. Die eine

bedingt die andere, würde Karl Marx in einem solchen Fall sagen. Wer totale Verstaatlichung will, kann keine Freiheit haben; wer Freiheit will, darf keine totale Verstaatlichung wollen.

Sie ist auch keine Garantie für die materielle und menschliche Besserstellung der Erwerbstätigen. Diese hängt von der Produktivität und der inneren Struktur einer Unternehmung ab. Im sogenannten Sozialismus, also ohne «Ausbeutung des Menschen durch den Menschen», leben die Arbeiter wesentlich schlechter als angeblich ausgebeutete schweizerische Arbeiter. Und bis zum Prager Frühling hatten sie zu den Arbeitsbedingungen trotz sogenannten sozialistischen Eigentumsformen weniger zu sagen als die schweizerischen Gewerkschafter in privaten Unternehmungen. So müßte man eigentlich, wenn die Ideologie nicht wäre, nur noch darüber streiten, ob die Kapitalkosten in einem staatlichen Betrieb wirklich niedriger sind als in einem privaten.

Offene gegen geschlossene Gesellschaft

Der Konflikt, den das kommunistische Dilemma bloßlegt und der sich in den Augen der Moskauer Dogmatiker als Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus darstellt, ist in Wirklichkeit der Konflikt zwischen offener und geschlossener Gesellschaft, zwischen Volkssouveränität und Absolutismus, zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Freiheit und Terror, zwischen Menschenrecht und Rechtlosigkeit, das heißt zwischen dem Recht, Unrecht zu bekämpfen, und zum System gewordenen Unrecht, zwischen Dynamik und Stagnation. Die offene Gesellschaft ist die Gesellschaft der industriellen Revolution. Die geschlossene kommunistische Gesellschaft zerbricht an ihr. Die Entfaltung der Produktivkräfte bewirkt hingegen nicht die Zerstörung, sondern die ständige Veränderung der sogenannten kapitalistischen Gesellschaft. Hier habe ich mich geirrt, müßte Karl Marx in einem solchen Fall sagen.

Die offene Gesellschaft ist nicht das Paradies auf Erden. Sie ist auch kein Endzustand. Sie ist nur die einzige Chance, mit der unwiderstehlichen industriellen Dynamik gesellschaftlich fertig zu werden, das heißt alle jene Wandlungen und Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um eine existentielle Katastrophe zu vermeiden. Sie ist eine tägliche neue Herausforderung an den zur Mündigkeit aufgerufenen Menschen. Die offene Gesellschaft sieht sich allerdings der ständigen Bedrohung der in ihr selbst wirksamen Kräfte ausgesetzt, nämlich der Gefahr monopolistischer Machtballungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich. Die Meisterung dieses Problems stellt in den nächsten Jahren an die staatsbürgerliche Reife gewaltige Anforderungen. Sie kann aber nicht in der Zerstörung und Ersetzung der offenen Gesellschaft durch irgendein ideologisch verbrämtes Machtmonopol gleich welcher Färbung bestehen.

Verfügt vielleicht die Neue Linke über

eine praktikable Alternative

zur Offenen Gesellschaft? Jedenfalls sagt sie deutlich, daß sie die vorhandene Ordnung nicht etwa bloß verändern, sondern zerstören will, um Neuem Platz zu machen. Man muß sich indessen fragen, ob ihre Kritik die Proportionen nicht etwa aus den Augen verloren hat. Denn ohne Institutionen, also ohne «Establishment», gibt es überhaupt keine menschliche Gesellschaft. Ohne hochentwickelte Institutionen verfällt insbesondere die Industriegesellschaft unverzüglich der Selbstzerstörung. Man sollte deshalb nicht die Institutionen an sich, sondern ihre Leistungen zur Diskussion stellen.

Überblickt man die ganze menschliche Vergangenheit, drängt sich der Eindruck auf, daß gerade diese Institutionen, diese Ordnung, dieses Establishment noch nie, noch gar nie einem so raschen und permanenten Wandel unterworfen waren wie in unserer Zeit. Gab es je eine geschichtliche Periode, in welcher die Manipulation der Massen schwieriger war als heute? in der die Vielfalt der Strömungen und Absichten größer war? in der die Auflehnung gegenüber überlieferten Wertvorstellungen virulenter war? in der es schwieriger war, noch irgendwelche Tabus aufzustöbern, die man dann umstürzen kann? Oder gibt es eine Epoche größerer sozialer Mobilität, eine Epoche, in welcher die sogenannte Entfremdung des Menschen, das heißt die Diskrepanz zwischen seinem Sein und seinen Anlagen, geringer war als heute? Etwa zur Zeit der Leibeigenschaft, der Sklaverei oder der ständig hungernden Urgesellschaft, oder zur Zeit des Frühkapitalismus? Warum wird der Wohlstand ausgerechnet jetzt, da er endlich allmählich für alle näherrückt, zum Übel, nachdem er für eine winzige Oberschicht seit Jahrtausenden Selbstverständlichkeit war? Noch nie waren die Türen zur Bildung so weit offen wie heute; noch nie lag die Möglichkeit näher, auch die letzten Bildungsprivilegien zu überwinden. Liegt denn die Hoffnung der Dritten Welt wirklich in der Zerstörung der expansiven Industriegesellschaft oder liegt sie nicht vielmehr in der baldigen Teilnahme an ihren Errungenschaften? Noch nie war die Spannweite zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und gesellschaftlichem Bewußtsein so gewaltig wie heute. Die Gefahr gesellschaftlicher Erstarrung war deshalb noch nie so gering. Hingegen besteht die erste Gefahr, daß wir mit dem Tempo der technisch-industriellen Wandlungen geistig und ethisch nicht Schritt halten können, denn wir leben – wenn man so sagen darf – nicht mehr in einem Zustand, sondern in einer Explosion.

Die Angriffe auf die offene Gesellschaft stehen in einem grotesken Mißverhältnis zur tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind

ein Aufstand der Unvernunft,

der durchaus ernst genommen werden muß, aber sicher keine bessere Gesellschaft hervorbringt.

Er ist aber nicht ein Symptom mangelnder Freiheit, sondern der Unsicherheit angesichts des Übermaßes an ungewohnter Freiheit, ein Symptom der Unerfahrenheit, in Mündigkeit zu leben.

Der unstillbare Durst nach Idolen, fertigen Rezepten, wunderwirkenden Formeln, heilbringenden -Ismen, problemlos funktionierenden Systemen und unerschütterlichen Gewißheiten, der die Neue Linke auszeichnet, zeugt doch eigentlich nicht von einem besonders kritischen Bewußtsein, sondern eher von einem unbewußten Heimweh nach einem Laufgitter, das jedoch die offene Gesellschaft nicht offerieren kann. Es gibt eben kein Zurück in irgend ein Laufgitter. Es gibt nur das Vorwärts in die Mündigkeit, in die bewußte Verantwortung für sich und die Mitmenschen. *Es gibt keine lebenswerte Alternative zur offenen Gesellschaft.*

Der Schutz des Gemeinwohls

gegenüber egoistischen Gruppeninteressen kann in einer Gesellschaftsordnung, in welcher eine Vielzahl unterschiedlicher und gegensätzlicher Ansprüche miteinander in permanentem Widerstreit liegt, besser wahrgenommen werden als in einem System, das sein eigenes Machtinteresse unwidersprochen als Gemeinwohl ausgeben darf.

Die offene Gesellschaft bietet allen Formen des Unternehmertums ein unbegrenztes Experimentierfeld. Privatkapitalistische, staatliche und genossenschaftliche Betriebe stehen miteinander im Leistungswettbewerb. Auch kommunistische oder gar anarchistische Produktionsgemeinschaften könnten sich an ihm beteiligen, wenn solche gegründet würden. Die ständige Veränderung der innerbetrieblichen Strukturen, von denen das Wohlergehen der Arbeitnehmer mehr abhängt als von der äußeren rechtlichen Form, ist Bestandteil der täglichen Aufgabe der offenen Gesellschaft.

Die Prager Reformen wie auch ähnliche Bestrebungen in andern sozialistischen Ländern sind nichts anderes als der historisch unvermeidliche Versuch, aus der geschlossenen in die offene Gesellschaft durchzustößen. Der Kampf, der seit hundert Jahren die Arbeiterbewegung in feindliche Gruppen spaltete, wurde somit zugunsten der Sozialdemokratie entschieden. Die Praxis hat bewiesen, daß sie sich auf dem richtigen Weg befindet, wenn sie die freiheitliche, demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung vorbehaltlos bejaht, verteidigt und zielbewußt an ihrem weiteren Ausbau mitarbeitet. Denn diese bietet den Lohnverdienern sowohl in materieller als auch in politisch-sozialer Beziehung unvergleichlich größere Möglichkeiten als jene Ordnung, von der sich die Tschechoslowaken zu lösen ver-

suchen. Sie ist die Grundlage für den Schutz und die Erweiterung der Menschenrechte.

Die Zerstörung der offenen Gesellschaft hingegen würde zwei Wege freilegen: den spanisch-griechischen und eben jenen, den die Tschechoslowaken gerne verlassen würden, wenn sie dürften. Beide Wege stellen weder eine materielle noch eine politische Verlockung dar. Freilich, Demokratie ist nicht mehr als eine Chance, die man jedoch nur dann wahrnehmen kann, wenn man sie hat.

Der Wert eines Staates

Solange es noch keine internationale Ordnung gibt, die allen Menschen Würde und Sicherheit nicht nur zu versprechen, sondern auch zu gewährleisten vermag, bemißt sich der Wert eines Staates am Ausmaß an Geborgenheit, die er allen seinen Bürgern bietet. Die Schweiz bietet ihren Einwohnern Geborgenheit. Zwar ist auch sie natürlich kein Paradies, aber doch zum Beispiel hochgeschätztes Refugium für Menschen anderer Nationen. Diese Schweiz ist eine täglich neue Aufgabe, ein ständiger Aufruf zur Mitarbeit aller, die ihn hören wollen. Unsere Geborgenheit hängt vor allem von unserem Willen und unseren allseitigen, auch militärischen Anstrengungen zur Selbstbehauptung ab. Der Schock des 21. August hat wieder zum Bewußtsein gebracht, daß sich das Engagement für dieses Land, seine Demokratie sowie für seine Freiheit nach außen und innen lohnt.

Niemand nimmt uns diese Mühe ab. Scheuen wir sie, weil zarte Naturen Pflicht mit Repression verwechseln, nützen wir damit niemandem, am wenigsten uns selbst. Das fraglose, zuverlässige Da-sein dieses neutralen Landes ist zugleich auch sein wesentlichster Beitrag an den Aufbau einer Weltordnung, in welcher Konflikte nicht mehr mit Panzern, Geheimpolizisten und Konzentrationslagern ausgetragen werden. Die Schweiz hat deshalb auch in einem zukünftigen Europa ihre Daseinsberechtigung.

Die Selbstbehauptung heute und morgen

läßt der Selbstzufriedenheit keinen Raum. Der in der heutigen Zeit nicht ganz selbstverständliche Anspruch auf Geborgenheit gibt kein Anrecht auf ein Schmarotzerdasein, sondern verpflichtet zur Mithilfe. Wir müssen und können die Demokratie weiterdenken, weil wir eine haben. Sie ist kein Dogma, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Sie ist das, was die Tschechoslowaken wollten, aber nicht bekamen.

Die Selbstbehauptung der Demokratie zwingt auch zur geistigen Auseinandersetzung mit allen undemokratischen Strömungen. Wenn Antikommunismus bloß ein Deckmantel für andersartige, aber ebenso totalitäre Zielsetzungen ist, ist er ein Gift. Aber auf die Kritik am Kommunismus wie auch an anderen totalitären Ideologien darf die

Demokratie niemals verzichten, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Würden wir uns aus Furcht vor dem Schlagwort «Antikommunismus» oder «Kalter Krieg» dazu bereitfinden, hätten wir einen entscheidenden Schritt auf die Niederlage der Demokratie hin getan. Der Anti-Antikommunismus ist nichts anderes als ein Wandschirm, hinter welchem die Kommunisten ungestört ihre Völker unterdrücken. Und jene, die ihn halten, sind ihre Knappen.

Freilich gibt es auch nicht-kommunistische Staaten, die autoritär regiert werden, wie Griechenland, Spanien, Portugal, Haiti und noch einige andere. Aber niemandem fällt es ein, uns diese Regime, hinter denen übrigens keine für uns bedrohliche Militärmacht steht, als nachahmenwerte Vorbilder hinzustellen. Es gibt keine schweizerische Partei oder Gruppe, die ihre geistige Nahrung aus Haiti, Portugal, Spanien oder Griechenland bezieht. Aber der Kommunismus will Modell der Zukunft sein. Fast ein Drittel der Weltbevölkerung lebt zum Teil seit mehr als 50 Jahren unter seiner Herrschaft, ohne daß ihr je die Möglichkeit geboten worden wäre, ihren eigenen Willen kund zu tun. Zwar kann natürlich von einer kommunistischen Einheit längst nicht mehr gesprochen werden; Moskau ist nicht mehr Mekka. Aber aus begreiflichen Gründen ist noch kein einziger kommunistischer Staat das Wagnis freier Wahlen eingegangen, auch Rumänien und Jugoslawien nicht. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Machtmechanismus des kommunistischen Staates entspringt deshalb einem durchaus legitimen Selbsterhaltungstrieb jener Völker, die sich diese Möglichkeit glücklicherweise erhalten konnten. Wer denn könnte es noch tun, wenn man auch sie daran hindert?

Das Dilemma der Welt

Aber nicht nur der Kommunismus, sondern die ganze Welt steckt in einem Dilemma. Während sich der gefahrvolle Wettbewerb zwischen der offenen Gesellschaft mit der geschlossenen kommunistischen Gesellschaft nicht wegen irgendwelcher kalter Krieger im Westen, sondern wegen der recht heißen Krieger in Moskau dramatisch zugespitzt hat, wird das Gewicht jener Aufgabe, die bestenfalls nur noch von der gesamten Menschheit gemeinsam gelöst werden können, immer drückender. Es geht um die Kluft zur Dritten Welt, um den Hunger, um das Elend in jenen Ländern, die den Anschluß an das Industriezeitalter noch nicht gefunden haben; es geht um die Bevölkerungsexplosion. Wir wissen, daß die Zeit drängt. Wir wissen aber auch, daß die permanente west-östliche Konfrontation ungeheuer viel Zeit und Energie verschlingt. Auf die beiden Supermächte allein entfällt der Löwenanteil der gesamten Rüstungsausgaben, um das Gleichgewicht der atomaren Abschreckung aufrechterhalten zu können. Es bewahrte uns bisher vor dem großen, vielleicht letzten Krieg. Aber es bewahrt uns nicht vor der Spaltung der Welt in Wohlhabende und

Habenichtse; es enthebt uns nicht der bisher unerfüllten Pflicht, bis in zwei, drei Jahrzehnten einer doppelt so zahlreichen Menschheit eine halbwegs erträgliche Existenz zu schaffen. Die Vernachlässigung dieser Pflicht ist nicht weniger gefährlich als die Bombe.

Auch aus diesem Dilemma gibt es keinen einfachen Ausweg. Er könnte vielleicht dann freigelegt werden, wenn auf längere Sicht auch für die sowjetische Führung der objektive Zwang zur wirtschaftlichen Liberalisierung und zur weltweiten Zusammenarbeit stärker wird als ihre Furcht vor der Freiheit. Das bis jetzt in der Sowjetunion aus begreiflichen Gründen noch nicht veröffentlichte Memorandum des Atomphysikers A. D. Sacharow ist ein Beweis dafür, daß dort eine geistige Elite am Werk ist, die weiß, worum es geht. Das ist viel; es ist mehr, als man noch vor wenigen Jahren zu hoffen wagte.

Das bedeutet für uns, für die offene Gesellschaft, daß wir sorgfältig zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen Regierung und Volk, unterscheiden müssen. Wir müssen uns nicht nur davor hüten, zu politischen Komplizen und geistigen Herolden des Terrors zu werden, sondern wir müssen gleichzeitig auch alles tun, was den freiheitlichen Kräften, die noch unter ihm zu leben haben, förderlich sein kann. Wir müssen trotz verschärften internationalen Spannungen unbeirrbar den Frieden suchen, ohne aber je weich und vertrauensselig zu werden.

Es gibt keinen anderen Weg – außer den Weg in die Katastrophe.

Ulrich Kägi, Zürich